

## Restmüllgebühren sollen steigen

Verwaltung kalkuliert für 2023 und schlägt eine Erhöhung um rund acht Prozent vor / Tonnen werden teils früher geleert

Von Kai Koppe

Cuxhaven. Nach eigenen Angaben kommt die Verwaltung nicht umhin, die Gebühren für die Abfuhr der schwarzen Tonnen im kommenden Jahr zu erhöhen. Privathaushalte könnten beim Thema Restmüll-Entsorgung stärker belastet werden als bisher - zumindest in finanzieller Hinsicht. Was die Spielregeln für die Bereitstellung der gefüllten Behälter am Straßenrand angeht, zeigte sich die Stadt kompromissbereit.

Die gute Nachricht zuerst: Für die Nutzung der seitens der Stadt gestellten Biomüllbehälter ist angesichts von Überschüssen aus dem Jahr 2021 kein Aufschlag vorgesehen, für Gewerbebetriebe soll die Gebühr mit dem Jahreswechsel sogar etwas sinken. Anders verhält es sich bei dem allgemein wenig beliebten Thema Restmüll. Abgesehen von einer pauschal zu entrichtenden Grundgebühr werden die ansatzfähigen Kosten bekanntermaßen auf die Behälter umgelegt und nach Behältergrößen (und der damit korrespondierenden Restabfallmenge) in Rechnung gestellt. Diesbezüglich sei eine Gebührenanpassung vorzunehmen, heißt es aus dem Rathaus. Privathaushalte betreffend ist von einer Steigerung von durchschnittlich acht Prozent gegenüber dem derzeit geltenden Gebührensatz die Rede. In Euro ausgedrückt ergeben sich dadurch Mehrkosten, die sich pro Kopf in einer Größenordnung zwischen 3,96 und 9,74 Euro pro Jahr bewegen - variierend jeweils nach Tonnengröße. Teurer wird das Thema Restmüll auch für Betriebe: Im gewerblichen Bereich muss die Behälter-Gebühr gemäß der seitens der Verwaltung vorgelegten Kalkulation um sechs Prozent angehoben werden.

Wann muss die Tonne vor der Tür stehen?

Der Ausschuss für Technische Dienste stimmte diesem Gebührenmodell zu; im Satzungsentwurf zog eine ganz andere Zahl das Augenmerk der Ratspolitik auf sich: Offenbar sei vorgesehen, dass Haushalte in Zukunft ihre zur Leerung vorgesehenen schwarzen Tonnen bis 6.30 Uhr an die Bordsteinkante schieben sollen - „nicht kundenfreundlich“, urteilte CDU-Ratsherr Enk Ferlemann in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Technische Dienste. Petra Mückler-van Zon, stellvertretende Leiterin des Referats für Abfallwirtschaft und Straßenreinigung, rechtfertigte die unchristliche Uhrzeit mit einem im Zuge der Corona-Pandemie eingeführten Schichtsystem bei der städtischen Müllabfuhr. Um den Umfang der Mitarbeiter-Kontakte im Sinne des Infektionsschutzes zu verringern, beginne ein Teil der Belegschaft bereits morgens um sechs mit der Arbeit. Deswegen würden in einzelnen Stadtteilen die ersten Behälter bereits gegen halb sieben geleert.

Die Bevölkerung tangiere das wenig, argumentierten mehrere Ausschussmitglieder: Nach ihrem Dafürhalten pflegen die meisten Haushalte im Stadtgebiet ihre Tonnen bereits am Vortag auf den Gehweg zu rücken. „Eigentlich wollten wir in die Satzung aufnehmen, dass der Müll tags zuvor nicht vor 18 Uhr rausgestellt werden darf“, berichtete Mückler-van Zon. Dass die Verwaltung aus eigenen Stücken von dieser Form der Bevormundung Abstand nahm, wurde auf Ausschussebene einhellig begrüßt.